

Datum:
Telefon: 0 233-
[REDACTED]

**Personal- und
Organisationsreferat**
Der Referent

Anti-Rassismus-Stelle

Anti-Rassismus-Arbeit stärken

Antrag Nr. 20-26 / A 04381 von Fraktion Die Grünen – Rosa Liste, der SPD/Volt-Fraktion vom 30.11.2023

Rassismus bekämpfen – München entwickelt eine Anti-Rassismus-Strategie

Antrag-Nr. 20-26 / A 02137 von Fraktion Die Grünen - Rosa Liste, SPD / Volt - Fraktion vom 19.11.2021

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 11895

Beschlussvorlage für den Verwaltungs- und Personalausschuss am 13.12.2023 (VB)
Öffentliche Sitzung

Stellungnahme des Personal- und Organisationsreferats

I. An das Direktorium

- Vorab per E-Mail -

Das Personal- und Organisationsreferat nimmt von der kurzfristig mit E-Mail vom 05.12.2023 zur Stellungnahme zugeleiteten Beschlussvorlage Kenntnis und verweist zu der beantragten Kapazitätsausweitung auf die Antragsziffer 3 der Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 09452 - Haushaltsplan 2024, Eckdatenbeschluss, in der beschlossen wurde, dass für den Haushalt 2024 keine weiteren Ausweitungen durch Finanzierungsbeschlüsse ohne vollständige Kompensation bzw. Refinanzierung zugelassen werden.

Eine Zustimmung zum geltend gemachten Stellenmehrbedarf kann nur erfolgen, wenn das Direktorium einen Kompensationsvorschlag für die Finanzierung der Ausweitungen vorlegen kann.

Für die Kompensation können durch das Direktorium aktuell unbesetzte Stellen verwendet werden oder eine Finanzierung aus vorhandenem Referatsbudget erfolgen. Gerne steht das Personal- und Organisationsreferat für die Bereitstellung der notwendigen Entscheidungsgrundlagen sowie für eine Einschätzung und Beratung zur Umsetzung der Kompensation zur Verfügung.

Zudem möchten wir zu den in der Beschlussvorlage dargestellten Meldewegen auf Folgendes hinweisen:

Die Allgemeine Geschäftsanweisung der Landeshauptstadt München enthält bereits klare Regelungen für einen diskriminierungsfreien Umgang in der Stadtverwaltung, mit dem Fokus auf Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

Die Zentrale Beschwerdestelle nach dem AGG, für sexuelle Belästigung, häusliche Gewalt und Mobbing (ZAGG) ist zuständig für Beschwerden aufgrund von Diskriminierung. Die

Beschlussvorlage sieht die Schaffung einer Anti-Rassismus-Stelle vor, die in enger Zusammenarbeit mit Referaten und Gleichstellungsstellen arbeiten soll.

Die Zuständigkeiten für Melde- und Verfahrenswege sowie Sanktionen liegen bereits beim Personal- und Organisationsreferat. Die Abteilung Personalrecht und Dienstaufsicht arbeitet Hand in Hand mit der ZAGG zusammen. Rassistische Äußerungen gelten als Dienstpflichtverstoß, der von Führungskräften gemeldet und durch das Personal- und Organisationsreferat geprüft wird. Die Koordination des Verwaltungshandelns in diesem Bereich sollte unter Einhaltung der Zuständigkeiten des Personal- und Organisationsreferats erfolgen, um Doppelstrukturen zu vermeiden und – wie bisher auch – eine konsequente und zügige Aufklärung möglich zu machen.

Wir bitten die Beschlussvorlage entsprechend dieser Stellungnahme anzupassen sowie die Stellungnahme der Beschlussvorlage beizufügen.

Die Stadtkämmerei erhält einen Abdruck der Stellungnahme.

- II. Abdruck von I.
[an die Stadtkämmerei stellungnahmen.ska@muenchen.de](mailto:stellungnahmen.ska@muenchen.de) z. K.
- III. Wv. POR-S1/3
Versand
- IV. Zum Sachakt bei POR-S1/51


Berufsmäßiger Stadtrat

